

Privacy Shield – Keine Rechtsgrundlage mehr für transatlantische Datentransfers

Online-Seminar

13. Oktober 2020

Überblick

Ausgangspunkt	3
„Schrems II“ Urteil des EuGH	4
Konsequenzen des Urteils	5
Reaktionen der Datenschutzbehörden	6
Enforcement durch NYOB	9
Zwischenergebnis	10
Was ist zu tun?	11
Fazit	14

Ausgangspunkt

- ▶ EuGH: „Schrems I“- Urteil, 6. Oktober 2015, Aufhebung der bisherigen Datenübertragungsregelung „Safe Harbor“ für Datentransfer in die USA
- ▶ Abkommen zwischen der EU und den USA zur neuen Regelung der Datenübertragung, 12. Juli 2016, „EU-US Privacy Shield“
- ▶ Zusicherung der US-Regierung, dass das Datenschutzniveau dem der EU entspricht
- ▶ Grundlage für Datentransfers entweder direkt oder als Basis für Standardvertragsklauseln (SCCs)
- ▶ Bedenken gegen dieses Abkommen wegen eventueller Verstöße gegen Grundrechte-Charta der EU durch potentielle Zugriffe von US-Behörden
- ▶ Vorlage an den EuGH zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit

„Schrems II“ Urteil des EuGH

- ▶ Erklärung des „**EU-US-Privacy Shield**“ als **ungültig**
- ▶ **Datenschutzrecht in den USA nicht gleichwertig** zu dem durch die DSGVO im Licht der EU-Grundrechte Charta garantierten Niveau
- ▶ **Überwachungsprogramme** der US-Behörden, insbesondere §702 FISA und Executive Order 12 333 sind **nicht auf das zwingend erforderliche Maß beschränkt**
- ▶ **Rechtmäßige Übertragung bedarf zusätzlicher Maßnahmen**, um ein angemessenes Schutzniveau sicherzustellen
- ▶ **Untersagung der aktuellen Übertragungsvorgänge** nach dem Privacy Shield durch die zuständigen Aufsichtsbehörden erforderlich

Konsequenzen des Urteils

- ▶ **Privacy Shield ist keine Rechtsgrundlage** mehr – Datenübertragungen auf dieser Grundlage nicht mehr rechtmäßig
- ▶ **Keine Übergangsfrist!**
- ▶ **SCCs** und **Binding Corporate Rules (BCRs)** bleiben **grundsätzlich weiterhin als Rechtsgrundlage** für Datentransfers geeignet
- ▶ **ABER** es obliegt dem Datenexporteur, eine **eigene Risikoanalyse** durchzuführen und ein **adäquates Datenschutzniveau sicherzustellen**. Dazu sind ggf. **SCCs / BCRs nicht ausreichend** – Zusatzmaßnahmen können nötig sein, ggf. ist der Datentransfer einzustellen.
- ▶ Konsequenzen gelten nicht nur für Datentransfers in die USA, sondern in jedes Nicht-EU-Land, das kein von der Kommission als ausreichend zertifiziertes Datenschutzniveau hat
- ▶ **Risiken: Bußgelder und Schadensersatzansprüche** der Datensubjekte in potentiell erheblicher Höhe

Die Reaktionen der Datenschutzbehörden sind uneinheitlich:

Europäischer Datenschutzausschuss (EDSA)

- ▶ Einzelfallprüfung des Schutzniveaus durch Verantwortliche erforderlich
- ▶ Zusätzliche Schutzmaßnahmen müssen ergriffen werden
- ▶ Einstellen der Datenübermittlung nach Privacy Shield
- ▶ Notifizierung der EDSA bei Fortsetzung des Datentransfers trotz einer negativen Einzelfallprüfung
- ▶ Geltung auch für SCCs
- ▶ Weitere Untersuchung, welche zusätzlichen Maßnahmen möglich und notwendig sind

Reaktionen der Datenschutz- behörden

Reaktionen der Datenschutz- behörden

Europäischer Datenschutzbeauftragter (EDPS)

- ▶ Prüfung der Auswirkungen des Urteils, insbesondere auch hinsichtlich der von EU-Institutionen geschlossenen Verträge

Bundesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

- ▶ SCCs weiterhin mögliche Grundlagen des Datentransfers
- ▶ Internationaler Datenverkehr weiterhin möglich, für Übermittlungen in die USA zusätzliche Schutzmaßnahmen erforderlich

Deutsche Datenschutzkonferenz

- ▶ SCCs können für eine Übermittlung personenbezogener Daten in die USA und andere Drittländer grundsätzlich weiter verwendbar
- ▶ Zumindest für die USA allerdings nur mit zusätzlichen oder alternativen Schutzmaßnahmen denkbar

Datenschutzbehörden Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen

- ▶ SCCs nicht prinzipiell unwirksam, aber reiner Abschluss genügt nicht, da u. A. keine Bindung von US-Behörden
- ▶ Ergänzung der SCCs notwendig – technisch, rechtlich oder organisatorisch – keine Einzelheiten bekannt
- ▶ Intensive Einzelfallprüfung der nationalen Gesetze der Drittländer notwendig, nicht nur USA
- ▶ Kein US-amerikanisches Unternehmen kann glaubhaft garantieren, nicht dem Zugriff der Geheimdienste ausgesetzt zu sein
- ▶ Datenexporte auf Basis des Privacy Shields umgehend einstellen
- ▶ Neue Lösungen erforderlich, beispielsweise Verschlüsselung der Daten nachweislich ohne Überwindungsmöglichkeit der Geheimdienste oder Alternativdienste außerhalb der USA nutzen
- ▶ „Zurückholung“ übermittelter Daten notwendig

Reaktionen der Datenschutz- behörden

Enforcement durch NOYB

- ▶ **Max Schrems NGO „None of Your Business“ (NOYB) hat Beschwerde gegen 101 Unternehmen bei diversen Datenschutzbehörden eingereicht.**
- ▶ **Vorwurf:** Websites werden immer noch unter Verwendung von Google Analytics und Facebook Connect betrieben (entgegen „Schrems II“).
- ▶ **Konsequenz:** Datenschutzbehörden werden tätig werden müssen
- ▶ **Risiko:**
 - Weitere Beschwerden zu erwarten
 - Schaffung von Präzedenzfällen
 - Möglicherweise uneinheitliches Vorgehen der Datenschutzbehörden und gesteigerte Rechtsunsicherheit

Zwischen- ergebnis

- ▶ Das **politische Problem** der Diskrepanz zwischen europäischem und US-amerikanischem (oder anderen, z.B. China) Verständnis zu Datenschutz ist **auf die Unternehmen abgewälzt**.
- ▶ **Es fehlen klare Vorgaben** oder Hinweise, wie praktisch mit den Konsequenzen des Urteils umzugehen ist / **Rechtsunsicherheit**
- ▶ Kurzfristig/mittelfristig ist **keine politische Lösung in Sicht**
- ▶ Aktuell bleibt unklar, wie sich Unternehmen absichern können – außer den Datentransfer aus der EU einzustellen
- ▶ Einstellen von Datentransfers ist vielfach praktisch nur schwer oder gar nicht möglich.
- ▶ Einzelfallbezogen sind folgende Schritte nötig:
 - Risiken nicht auszuschließen aber Maßnahmen zur **Risikominimierung** sind zwingend
 - **Strategien zur Verteidigung** gegen mögliche Bußgelder oder Schadensersatzansprüche sind zu entwickeln

Basis für Risikominimierung und Verteidigungsstrategie

▶ Einzelfallbezogene Bestandsaufnahme

- Welche Daten werden wohin und an wen transferiert und zu welchem Zweck?
- Wie häufig und regelmäßig geschehen solche Datentransfers?
- Was ist die bisherige Rechtsgrundlage? (Privacy Shield, SCCs, BCRs)
- Ist bekannt, ob bereits behördliche Zugriffe auf Daten erfolgt sind?
- Welche zusätzlichen Schutzmaßnahmen gibt es aktuell?

▶ Einzelfallbezogene Risikoanalyse

- Wie sensitiv sind die Daten?
- Wie ist die Rechtslage im Empfängerstaat? Beispiel USA: Sec. 702 FISA, Executive Order 12 333, Hong Kong Security Law etc.
- Ist eine Einschätzung möglich, ob die Daten für Behörden im Empfängerstaat von (gesteigertem) Interesse sind?
- Einfluss zusätzlicher Schutzmaßnahmen auf Zugriffs-Risiko bzw. Schutzniveau

Was ist zu tun?

Was ist zu tun?

▶ **Rechtsgrundlage:**

- SCCs oder BCRs
- Art. 49 DSGVO, aber nur im Einzel- bzw. Ausnahmefall

▶ **Mögliche (Zusatz-)Maßnahmen?**

- Verlagerung der Daten in die EU
- Verschlüsselung der Daten
- Anonymisierung der Daten
- Zusatzvereinbarungen zu SCCs, z.B.
 - Freistellung
 - Mitteilungs- und Koordinationspflichten

▶ **Dokumentation und Transparenz**

- Vollständig und nachvollziehbare Dokumentation aller Schritte
- Information der Datensubjekte / Zustimmungen im Einzelfall

Was ist zu tun?

▶ Rechtsgrundlage:

- SCCs oder BCRs
- Art. 49 DSGVO, aber nur im Einzel- bzw. Ausnahmefall

▶ Mögliche (Zusatz-)Maßnahmen?

- Verlagerung der Daten in die EU
- Verschlüsselung der Daten
- Anonymisierung der Daten
- Zusatzvereinbarungen zu SCCs, z.B.
 - Freistellung
 - Mitteilungs- und Koordinationspflichten

▶ Dokumentation und Transparenz

- Vollständig und nachvollziehbare Dokumentation aller Schritte
- Information der Datensubjekte / Zustimmungen im Einzelfall
- In Ausnahmefällen ggf. Information der Datenschutzbehörden

- ▶ Derzeit keine Rechtssicherheit in Bezug auf Datentransfers aus der EU in die USA (und ggf. andere Drittstaaten)
- ▶ Rechtssicherheit kurz-/mittelfristig unwahrscheinlich
- ▶ Hohe Haftungsrisiken sind die Konsequenz
- ▶ Risikominimierung und vorausschauende Strategie zwingend erforderlich

Fazit

Für Ihre Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.



Dr. Christian Engelhardt

Rechtanwalt
Partner

Baker Tilly

Valentinskamp 88
20355 Hamburg

T: +49 40 600880-454

F: +49 40 600880-101

christian.engelhardt@bakertilly.de

[bakertilly.de](https://www.bakertilly.de)

Ihre Meinung ist uns wichtig
www.bakertilly.de/feedback